

Die „Vierteljahrshefte“ erscheinen zweimal, Sonntags und Mittwochs nur einmal, mit den Heftausgaben „Reich und Welt“ — „Arbeiter und Welt“ und „Der Jugend-Gewinn“. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus monatlich 2,00 M. ...

Die Jahrgangspresse-Kontingente über deren Raum kostet 2,00 M. einschließlich Anfertigung. Klein-Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. ...

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 33

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Steuerkompromiß gesichert

Wahrscheinliche Mehrheit von den Rechtssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei

Am gestrigen Tage scheint es den Bemühungen des Reichskanzlers Dr. Brüning endlich gelungen zu sein, eine Mehrheit für das von ihm angestrebte Steuerkompromiß zu erhalten. Den ganzen Tag über wurde verhandelt. Am Vormittag traten zunächst die bürgerlichen Parteien des Reichstages (unter Ausschluß der Deutschnationalen) alles zusammen. Ihre Tagung dauerte bis gegen 11 Uhr. Das Ergebnis der Beratungen der bürgerlichen Fraktionen war ein Kompromißvorschlag, der auf folgendes hinausläuft:

1. Sofortige Erfassung der Goldwerte;
2. Sofortige Erhebung des Restes des Reichsnotopfers;
3. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern von den Besitzenden;
4. Erhöhung der Ausfuhrabgaben und schärfste Erfassung der Auslandsdevisen.

Nur auf diese Weise besteht die Möglichkeit, dem Reiche wieder reale Werte zuzuführen und damit die Notenpresse zum Stillstand zu bringen.

Berlin, 25. Januar 1922.

Zentralleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In den letzten Nachmittagsstunden tagten wiederum die einzelnen Fraktionen, um zu den neuen Vorschlägen der Regierung, insbesondere zu dem Plane der Zwangsanleihe in Höhe von 40 Milliarden Papiermark Stellung zu nehmen. Später fand eine interfraktionelle Sitzung der bürgerlichen Fraktionen mit den Rechtssozialisten statt.

In dieser Sitzung soll es zu einer Verständigung gekommen sein. Die Rechtssozialisten verlangten entsprechend einem von ihrer Fraktion gefassten Beschluß an Stelle der Zwangsanleihe von 40 Milliarden Papiermark eine Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark. Die Vertreter der Demokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei erklärten hierzu ihre Zustimmung, während die Vertreter der Deutschen Volkspartei die Zustimmung ihrer Fraktion in Aussicht stellten.

Wie das gesamte Steuerkompromiß aussehen wird, ist noch ungewiß. In den Besprechungen mit den Vertretern der unabhängigen Fraktion hat sich der Reichskanzler darauf beschränkt, seinen Plan der Zwangsanleihe darzulegen, ohne über die wichtigen Fragen der Sicherung ihrer Ausbringung, der Verzinsung und der Tilgung völlige Klarheit zu schaffen. Auch über die endgültige Gestaltung der Vermögenssteuern sind genaue Angaben nicht erstattet worden. Ebenfalls über die Höhe der einzelnen Verbrauchssteuern, über die zwischen den Rechtssozialisten und den bürgerlichen Parteien bis in die letzten Tage hinein erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Sicher scheint im Augenblick nur das eine zu sein, daß die Kritik der Vertreter der Unabhängigen an der Zwangsanleihe auf Papiermark anstatt in Goldmark ihren Eindruck nicht verfehlt hat.

Aber trotz der Berücksichtigung dieser Einwände, die erst nach der Beendigung der Sitzung der unabhängigen Reichstagsfraktion bekannt wurde, ist das Kompromiß durchaus ungenügend. Es bringt keine volle Deckung der aus den Reparationsverpflichtungen entstehenden Lasten. Es wird daher das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht herstellen, die Notenpresse nicht zum Stillstand bringen, so daß die Geldentwertung ihren nur wenig gehinderten Fortgang nehmen wird. Eine Quelle neuer Belastungen tut sich damit für die Lohn- und Gehaltsempfänger auf. Preissteigerungen werden nicht ausbleiben und ihren Reallohn, für dessen Sicherung die Regierung nichts zu tun gedenkt, weiter herabzudrücken.

Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zur Zwangsanleihe aber ist an den Verzicht auf die weitere Einziehung des Reichsnotopfers geknüpft gewesen. Diese Forderung ist erfüllt worden. Dadurch wird eine steuerliche Erleichterung für die Besitzenden eintreten, die von großer Bedeutung ist. Das ist um so schlimmer, als die Geldentwertung bereits an und für sich die Last des Reichsnotopfers für die Besitzenden außerordentlich vermindert hat, so daß fast alle Besitzenden das Reichsnotopfer mit Leichtigkeit aus ihren laufenden Einkommen bezahlen konnten. Dazu kommt, daß der größte Teil des Reichsnotopfers in Kriegsanleihe entrichtet werden konnte, die zum Nennwert in Zahlung genommen wurde. Wenn jetzt sogar auf die weitere Einziehung des Reichsnotopfers überhaupt Verzicht geleistet wird, so ist es verständlich, daß sogar die Deutsche Volkspartei einem solchen Kompromiß ihre Zustimmung geben will.

Wenn man auch die genauen Angaben über das jetzt abgeschlossene Kompromiß abwarten muß, um endgültig Stellung zu nehmen, so kann doch jetzt bereits gesagt werden, daß diese Erledigung der Steuervorlagen nicht das „sichtbare Opfer“ des Volkes gebracht hat, das nach Meinung der gesamten Arbeiterklasse die Voraussetzung für die Zu-

stimmung ihrer Vertreter zu der Belastung sein mußte, die insbesondere aus den sofort wirksam werdenden Verbrauchssteuern herzufließt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion konnte deshalb einer solchen Regelung der Steuerfragen nicht zustimmen und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß diese Stellungnahme von der Arbeiterklasse überall verstanden wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie aber ist auch der Meinung, daß die Regelung, die jetzt getroffen worden ist, keine endgültige sein kann, sie ist nur ein Provisorium. Denn sie bringt nicht die Mittel, die das Reich gebraucht, und wird deshalb bald die Notwendigkeit erweisen, die Wege zu gehen, die allein eine Rettung aus dem Finanzjahren darstellen: die Erfassung der Sachwerte, die Neuorganisation der Steuerverwaltung und der Steuerverwaltung, damit der Besitz sich nicht wie bisher allen Lasten zu entziehen vermag und die Besitzlosen allein die einzig Opfernden sind.

Berschmähte Milliardenwerte

Von Fritz Puchta

Der Laie mag glauben, daß nur der Schnapstrinker und der Finanzminister an dem neuen Gesetz über das Branntweinmonopol, das in einigen Tagen vom Reichstag zu verabschieden ist, Interesse haben kann. Das ist ein großer Irrtum. Die Bestimmungen dieses Gesetzes haben tiefwühlende Wirkungen auf wichtige Teile unserer Wirtschaft. Nur ganz wenige Industriezweige bleiben davon unberührt. Interessen mannigfacher Art kämpfen bei der Gestaltung des Gesetzes gegeneinander und die bedeutsamsten Fragen der Volkswirtschaft stehen dabei zur Erörterung.

Deutschlands Wirtschaft rationell zu gestalten, seine Produktion auf den höchsten Grad der technischen Vollkommenheit und Zweckmäßigkeit zu bringen, die vollendete Ausnutzung der Rohstoffe zu organisieren, das sind Voraussetzungen für unsere Existenz geworden. Das Monopolegesetz steht in manchen Teilen diesen ökonomischen Notwendigkeiten entgegen. Nach diesem Gesetz soll auch weiterhin die Spiritusproduktion vorwiegend auf der Verwertung von Lebensmitteln und Futtermitteln beruhen, obwohl die Wissenschaft ganz neue und unendlich vorteilhaftere Bahnen gewiesen hat. Es besteht heute keine Notwendigkeit mehr, die Kartoffel hinzuwerfen und Spiritus zu erzeugen. An Stelle der Kartoffel kann heute Rapp, Koks und Holz treten, ja, aus den Abwässern der Papier- und Zellstoff-Fabriken kann in vorteilhafter Weise Spiritus gewonnen werden. Das morgen vielleicht schon sind die Experimente erfolgreich abgeschlossen, die das Schilf an den Ufern der Gewässer in die Reihe der neuen Rohstoffe für die Spiritusgewinnung einfügen.

Das ist für die Volksernährung von gewaltiger Bedeutung. Ist doch der Bedarf an Spiritus im Anschwellen. Nächstens wird das Benzin und Benzol als Betriebsstoff für Kraftwagen durch eine Mischung von vorwiegend Spiritus verdrängt sein. Auch die als Schnaps in die Köhlen fließenden Spiritusmengen sind leider wieder im Wachsen. Sollen diese Mengen weiterhin durch Vernichtung von Kartoffeln beschafft werden? Soll wieder teurer Mais aus dem Ausland für diese Zwecke gekauft werden? In der Zeit normaler Spiritusproduktion vor dem Kriege sind in Deutschland jährlich ungefähr sechzig Millionen Zentner Kartoffeln in die Brennkessel gewandert. Die Politik der Spiritusbrenner drängt auch heute, wo die Lebensmittelteure brennen am Himmel stehen, ähnlichen Zuständen zu. Die Agrarier kämpfen mit Ärgern und Jähnen dagegen, daß zur Spiritusherstellung etwas anderes als Kartoffeln, Korn, Obst, Mais und dergleichen verwendet wird. Sie gönnen keiner neuen Produktionsmethode ein Produktionsrecht und gestalten das Gesetz nach dieser Richtung. Der Gegenentwurf hatte den agrarischen Wünschen in weitestem Maße Rechnung getragen. Neun Zehntel des Spiritusbedarfs Deutschlands sollte den Agrariern zur Herstellung vorbehalten bleiben. Der Spiritusproduktion nach den neuen Methoden sollte der Rest, fixiert auf 160 000 Hektoliter, bleiben. Ein Vorkopf der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im Ausschuß, die letztere Menge auf 350 000 Hektoliter zu bemessen, schickte an dem agrarischen Widerstand. Es gelang nur, einen Antrag der Rechtssozialisten durchzusetzen, der diese Menge auf 250 000 Hektoliter festlegte. Die politischen Vertreter der Kartoffelbrenner stimmten dagegen.

Trotz dieser kleinen Verbesserung des Entwurfs bleibt ein Zustand aufrechterhalten, der von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus als unverantwortlich bezeichnet werden muß. Diese Bestimmung des Gesetzes erzwingt auch für die Zukunft eine Vergeudung enormer wirtschaftlicher Werte. Denn sie verhindert die Entfaltung jener Art der Spiritusherstellung, die unter Vermeidung des Verbrauchs von Lebens- und Futtermitteln Spiritus aus beschleunigtem und schädlichen Industrieabfällen erzeugt. Sechs Millionen Liter Abwasser geben die Zellstoff- und Papierfabriken täglich an die Flüsse ab. Die Abwässer verunreinigen die Ströme und vergiften im Sommer die Luft. Es stecken in ihnen

Einmalige Zwangsanleihe für Reparationszwecke im Höchstbetrage von 40 Papiermilliarden.

Diese Zwangsanleihe stellt den Ersatz für die beabsichtigte Erhebung des zweiten Drittels des Notopfers dar.

Sie wird mit den Steuererlassen organisch verbunden. Der technischen Schwierigkeiten wegen erfolgt die gesetzgeberische Erledigung zu einem späteren Zeitpunkt.

Gegen 1 Uhr fand die von dem Reichskanzler erbetene Besprechung mit den Vertretern der Unabhängigen Fraktion statt. Ueber den Verlauf dieser Besprechung unterrichtet die nachstehende

Erklärung der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion der U. S. P. D.

In den letzten Wochen haben dauernd Verhandlungen zwischen der Reichsregierung einerseits, den bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Deutschnationalen Volkspartei) und der Sozialdemokratischen Partei andererseits stattgefunden, um in der Steuerfrage ein Kompromiß zustande zu bringen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist an diesen Kompromißverhandlungen nicht beteiligt gewesen. Die erste Fällungsmaßnahme des Reichskanzlers mit der U. S. P. D. erfolgte in einer Besprechung am Mittwoch, den 25. Januar.

Bei dieser Gelegenheit eröffnete der Reichskanzler den Vertretern der U. S. P. D. und den gleichfalls anwesenden Vertretern der S. P. D. das Ergebnis einer am Vormittag mit den bürgerlichen Parteien geführten Verhandlung. Danach seien das Zentrum, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei bereit, einen Kompromiß in folgender Form zuzustimmen:

Eine Zwangsanleihe in Höhe von 40 Milliarden Papiermark wird aufgelegt. Sie soll zunächst mit niedrigem Zinsfuß ausgestattet werden, der später gesteigert werden könnte. Die wesentlichen Bestimmungen sollen in einem Mantelgesetz zusammen mit den Steuervorlagen festgelegt werden. Dagegen soll die Nachkriegsgewinnsteuer, deren Ertrag auf 2 bis 3 Milliarden veranschlagt wird, in Fortfall kommen, ebenso der Rest des Reichsnotopfers.

Die in der anschließenden Aussprache von den Vertretern der U. S. P. D. gestellte Frage, welche Maßnahmen die Regierung des Reichs der bevorstehenden Wertpreisverhöhung zur Sicherung des Reallohns zu denken, blieb unbeantwortet.

In einer am Nachmittag abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion wurde nach Entgegennahme des Berichts der Vertreter dieser Kompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien einstimmig abgelehnt.

Bei ihrer Stellungnahme war für die Fraktion neben ihrem prinzipiellen Standpunkt entscheidend, daß die Zwangsanleihe unter den vorerwähnten Voraussetzungen in keiner Weise geeignet ist, eine Sanierung der Reichsfinanzen und damit einen Stillstand der Notenpresse mit ihrer preissteigernden Wirkung herbeizuführen. Diese Zwangsanleihe würde nicht ausreichen, die Reparationsverpflichtungen zu decken, und somit den inneren Etat weiter belasten. Der nominelle Gesamtbeitrag von 40 Milliarden Papiermark, wiewohl durch die vorhin erwähnten steuerlichen Erleichterungen für den Beschäftigten wieder stark herabgemindert. Ueber die Tilgung der Zwangsanleihe fehlen bisher alle näheren Angaben. Ebenso ist die Frage der Verzinsung völlig offen geblieben. Es ist daher zu befürchten, daß die Lasten aus Verzinsung und Tilgung wiederum auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Ferner aber ist zu beachten, daß die Zwangsanleihe nicht nach Goldmark, sondern nach Papiermark veranlagt werden soll. Die bei den bisherigen Steuererleichterungen eingetragenen Schwankungen der Steuerertragsfälle, die stets alle vorherigen Schätzungen der Regierung hinwärtig gemacht haben, werden also bei dieser Zwangsanleihe bestehen bleiben. Schon aus diesem Grunde kann die Zwangsanleihe in keiner Weise als ein Ersatz für die von uns aufgestellte Forderung nach Erfassung der Goldwerte angesehen werden.

Abgesehen von diesen einzelnen schweren Mängeln des Kompromisses kann die Zwangsanleihe in jedem Fall nur eine gewisse Entspannung der Valutawirtschaft im Augenblick bringen. Eine Steuerreform, die geeignet ist, die Vermögens des Reiches zu heben, erscheint der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach wie vor nur durch solche Maßnahmen möglich, die außer den von der Regierung vorgeschlagenen Besitzsteuern notwendig sind:

aber große Werte. Sie führen noch fast die Hälfte der Bestandteile des in der Fabrik zerfallenen Holzes mit sich. Aus diesen Abwässern wären auf verhältnismäßig einfache Art jährlich 300 000 bis 400 000 Hektoliter wertvoller Industrieprodukte herzustellen. Dabei kämen noch teure Zwischenprodukte für die pharmazeutische Industrie, für die Bricketherstellung und für andere Zwecke in Anfall. Den letzten verbleibenden Rückstand vermöchten die in Betracht kommenden Betriebe zu Brennstoffen zu verwandeln und damit einen erheblichen Teil ihres Kohlenbedarfs zu decken.

Aber diesen glänzenden Entwicklungsmöglichkeiten in der Ausnutzung unserer Rohstoffe stellt sich, wie oben gezeigt, breitbeinig der Widerstand der agrarischen Kartoffelbrenner in den Weg. Und wenn ihr Gewerbe zehnmal den Interessen der Gesamtheit entgegensteht, und wenn die Befriedigung ihrer eigensüchtigen Sonderwünsche auch schwere volkswirtschaftliche Nachteile bringt, sie beharren auf ihre alten Vorrechte. Die Spiritusproduktion soll für alle Zukunft in der Hauptsache agrarisches Monopol bleiben.

Dieses bis jetzt nur wenig eingeschränkte agrarische Produktionsmonopol hat noch nach einer anderen Seite höchst gefährliche Auswirkungen. Das Reich bezw. sein Monopolamt für Spiritus gerät zu den Kartoffelbrennern in ein peinliches Abhängigkeitsverhältnis. Denn die Landwirte der Brennergebiete hören sofort mit der Verarbeitung von Kartoffeln zu Spiritus auf, wenn sie durch den Verkauf der Kartoffeln zu Erzeugnissen höheren Gewinn erzielen. Die Herren haben zwar das fast ausschließliche Produktionsrecht, nicht aber die Produktionspflicht. Das schöne agrarische Lied von der Wichtigkeit der beim Brennvorangang abfallenden Schlempe als Viehfutter hört jäh auf, wenn in den Städten Hungersnotpreise für Kartoffeln zu erlangen sind. Dann stellen die landwirtschaftlichen Brenner den Betrieb ein und verkaufen die Kartoffeln. Wie Deutschlands Industrie dann ihren Spiritusbedarf deckt, was kümmerst sie es? Den Reichsstellen bleibt dann nichts weiter übrig, als die Brenner mit abermalig gestiegenen Spiritus-Verpreisen zur Wiederaufnahme des Brennens zu bewegen. Die Kosten dieser Manipulation zahlt die Bevölkerung.

Die Spirituswirtschaft muß heraus aus diesen Verhältnissen. Die neuen Möglichkeiten, Spiritus zu beschaffen, der ohne Vernichtung wertvoller Nahrungs- und Futtermittel entsteht, daher billig ist, und dessen Produktion eine durchaus regelmäßige ist, dürfen nicht verschüttet werden! Wir können uns den Luxus nicht länger gestatten, den Interessen einer kleinen agrarischen Kaste zuliebe, gewaltige wirtschaftliche Werte zu vergeuden.

Deutsche Justiz

Die Verurteilung unseres Genossen Bergholz vom „Zeiter Volksboten“ wegen Beleidigung der deutschen Richter gibt dem „Berliner Tageblatt“ Anlaß zu einer kritischen Betrachtung der heutigen Justiz. Das Blatt weist darauf hin, daß an demselben Tage, wo Bergholz wegen des Vorwurfs der Klassenjustiz 5 Monate Gefängnis erhielt, der Leiter der bayerischen Polizei, Oberamtmann Dr. Fria, wegen Beleidigung der Redakteure der „Münchener Morgenpost“ zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Fria hatte die Redakteure Schwenke und E. H. genannt und die Aufforderung ergehen lassen, ihnen an die Kehle zu gehen.

In dem Artikel, für den Genosse Bergholz verantwortlich zeichnete, wurden die Urteile der mitteldeutschen Sondergerichte kritisiert. Das „Berliner Tageblatt“ fühlt sich gezwungen, hervorzuheben, daß diese Sondergerichte in einer Reihe von Fällen unzweifelhaft Fehlsprüche ausgesprochen haben. Sie haben insbesondere in zahlreichen Fällen Zuchthausstrafen verhängt, obwohl eine ehrlose Genügnung nicht vorlag und deshalb auf Festung oder Gefängnis erkannt werden mußte. Die Nachprüfung der Urteile durch den Reichsjustizminister hat denn auch in zahlreichen Fällen zur Milderung der Strafen im Gnadenwege geführt. Deshalb war, wie das „Berliner Tageblatt“ hervorhebt, die Kritik dieser Urteile sachlich berechtigt. Das „Berliner Tageblatt“ fährt dann fort:

„Uebrigens ist, wie der Verteidiger mitteilte, wegen desselben Artikels ein anderer verantwortlicher Redakteur in Mühlhausen (Thüringen) zu dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt worden. In Naumburg also wird die Beleidigung der Richter durch den Redakteur mit fünf Monaten Gefängnis bestraft. Dagegen wird in München die unerhörte Beleidigung der Redakteure durch einen höheren Polizeibeamten mit zweihundert Mark Geldstrafe geahndet.“

Zum Schluß bemerkt das „Berliner Tageblatt“, daß sich in der letzten Zeit die politischen Prozesse mehreren, deren Ausgang nicht bei den Parteifreunden der Betroffenen, sondern allgemein Kopfschütteln erzeuge. Der Kreis dieser Urteile greife auch über das politische Gebiet hinaus. Die Gräfin Schlieffen und ihr Sohn, die aus gemeinen Geldmotive den Plan einer Ermordung ihres nahen Verwandten ins Werk gesetzt haben, werden nur zu zwei und anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil die Gräfin in dem vorgerückten Lebensalter von 47 Jahren und der Graf in dem jugendlichen Alter von 21 Jahren steht. Herr v. Kühne auf Schloss Pechow, der schon dreimal wegen Körperverletzung mit der Waffe bestraft ist, kommt, als er wiederum auf harmlose Automobilisten drei Schüsse abgegeben hat, mit einer Geldstrafe davon. Dabei ist er 28 Jahre alt, also weder zu alt noch zu jung.“

Wenn selbst ein bürgerliches Blatt zu derartigen Betrachtungen gezwungen ist, dann kann von einer Objektivität der deutschen Rechtsprechung nicht mehr gesprochen werden. Die Gegenüberstellung der Urteile einer einzigen Woche genügt, um die Justiz als das erscheinen zu lassen, was sie in den Augen der deutschen Arbeiter von je her gewesen ist.

Der antisemitische Staatssekretär

Der Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Bredow, der sich auf dem Lehrter Bahnhof durch antisemitische Aeußerungen unheimlich bemerkbar gemacht hat und über dessen Verhalten der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Blum eine Beschwerde an den Reichspostminister Giesberts gerichtet hat, die von uns in der Sonntagnummer der „Freiheit“ wiedergegeben wurde, versucht in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ sein Verhalten als ganz harmlos hinzustellen. Der Herr seiner langen Zuschrift, in der er sich bemüht, die anscheinend vollst. berechtigte Beschwerde des Herrn Blum zu entkräften, ist folgender Satz:

„Im Zusammenhang mit einigen unheimlichen Vorgängen in Seböden sollen einige nicht jüdenfreundliche Aeußerungen, an denen ich mich beteiligt habe.“

Der Herr Staatssekretär muß also selbst eingestehen, daß er sich öffentlich als Antisemite betätigt hat. Zur gleichen Zeit hat das „Berliner Tageblatt“ ein Schreiben des Reichspostministers Giesberts erhalten, der seine Passivität in diesem Falle da-

mit begründet, daß der vom Staatssekretär Bredow veranfaßte Austritt des Lehrter Bahnhof „mit keinem dienstlichen oder amtlichen Vorgang im Zusammenhang“ stehe. Diese Auffassung des Ministers werden alle monarchistischen Beamten, an denen ja im Reichspostministerium kein Mangel ist, mit vergnügtem Schmunzeln zur Kenntnis nehmen; sie bietet ihnen doch die uneingeschränkte Möglichkeit, sich ungestraft monarchistisch und antisemitisch zu betätigen, sofern sie nur darauf achtet, dies nicht im Zusammenhang mit einem dienstlichen Vorgang zu tun.

Nach der Schlacht

Unser Braunschweiger Bruderblatt schreibt über den Ausgang der Wahlen im Freistaat Braunschweig, daß diese für die Reaktion eine verlorene Schlacht bedeuten. Sie hätten ganz andere Ergebnisse erwartet und sind nun schwer enttäuscht. Das Ergebnis hat auf die führenden bürgerlichen Zeitungen in Braunschweig geradezu niederschmetternd gewirkt. Sie registrierten lediglich die Wahlergebnisse, ohne einen Kommentar anzuhängen. Es muß immer wieder betont werden, daß unsere Partei den stärksten Stoß der Gegner aufzufangen hatte. Unsere Genossen im Ministerium waren es, die den Braunschweiger Reaktionsären so rücksichtslos zuleibe gingen, wie kaum anderswo in Deutschland. Wir erinnern nur an die erschütternde Deutlichkeit, mit der der Ministerpräsident Corderer zu den Braunschweiger Richtern gesprochen hat. Daß der Wahlkampf von bürgerlicher Seite mit einer Gehässigkeit ohnegleichen geführt worden ist, wird jetzt auch von der „Frankfurter Zeitung“ anerkannt. Das Blatt schreibt:

„Der politische Kampf ist in Braunschweig von jeher mit einer Leidenschaft und Gehässigkeit geführt worden, die jedes erträgliche Maß übersteigt. Von der maßlosen Hege der Reaktionsparteien, die sich nicht scheuen, auch dieses Maß des Privatlebens des politischen Gegners anzutasten, kann sich nur der eine Vorstellung machen, der die Landtagswahlen im Mai 1920 miterlebt hat.“

Waren die Wahlen im Mai 1920 in bezug auf Verleumdungen und politische Ehrabschneiderei schon nahezu auf dem Gipfel angelangt, so überstieg diesmal die bürgerliche Agitation jede Grenze. Die Herrschaften sind durch die sozialistische Regierung unter Führung der Unabhängigen glattweg um ihren Verstand gebracht worden. Zu diesem Urteil muß jeder kommen, der während des Wahlkampfes die Möglichkeit hatte, die Braunschweiger Presse und die Wahlflugblätter zu verfolgen. Dabei standen den Herrschaften auch noch einige andere Hilfsmittel zur Verfügung, die „nationalen Stimmung“ zur Verfügung. Die Braunschweiger Reichswehr marschierte in der letzten Woche vor der Wahl jeden Tag durch die Straßen und spielte bei voller Musikbegleitung nationalistische Lieder. Das war zweifellos ein grober Mißbrauch im Dienste der Reaktion. Die rechtsstehende Presse quittierte diese herausfordernden Demonstrationen denn auch mit dem gebührenden Dank und hob lobend hervor, daß es gut sei, gerade während des Wahlkampfes einen Hauch der ehmaligen, ach! so herrlichen Zeiten zu verspüren.

Es hat alles nichts genügt. Die sozialistische Mehrheit ist geföhrt. Unser Braunschweiger Bruderblatt versichert, daß zum Frohlocken zwar kein Anlaß sei. Es gelte, gerade jetzt auf der Hut zu sein, mit eiserner Energie und rastlosem Fleiß die Aufklärung in das Land zu tragen, damit die Partei auch bei den kommenden Kämpfen vordereitet sei und das Schwert noch besser als diesmal zu führen verstehe.

Der Kampf um Groß-Berlin

Der vom Landtag eingesetzte Ausschuh für Groß-Berlin beschäftigte sich gestern abend mit Anträgen der Deutschnationalen und der Volkspartei, die eine grundlegende Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin herbeiföhren wollen. Die Antragsteller Dr. Lüdecke und Dr. Leidig legten dar, daß der jetzige Zustand in Groß-Berlin immer unhaltbarer würde. Die Stadtverordnetenversammlung könne in der bisherigen Weise nicht weiter arbeiten, und es müsse eine Aenderung durch das Gesetz erfolgen. Ferner müsse eine klare Abgrenzung der Befugnisse zwischen Zentral- und Bezirksverwaltung erfolgen, und zwar nach der Richtung hin, daß die Bezirke selbständige Körperschaften werden mit ausgedehnter Selbstverwaltung. Im einzelnen mühten auch die Aufgaben zwischen Zentrale und Bezirken schärfer abgegrenzt werden, als das bisher der Fall sei, weil der Magistrat bestrebt sei, die starke zentrale Verwaltung zum Schutze der Gesamtoverwaltung durchzuführen. Außerdem mühten zur Erhöhung der Selbstständigkeit den Verwaltungsbezirken auch Steuerrechte zugesprochen werden.

Der Regierungsvorsteher, Staatssekretär Dr. Freund, legte dar, daß die Anträge eine vollkommene Umstürzung des gegenwärtigen Gesetzes Groß-Berlin darstellen und sehr gar nicht in die Praxis umgesetzt werden könnten. In der Diskussion vertrat Dr. Leidig in eingehender Rede seinen Standpunkt. Die Verhandlungen wurden schließlich vertagt, um den Antragstellern Gelegenheit zu geben, bestimmter formulierter Anträge vorzulegen. Eine neue Sitzung soll in 14 Tagen bis drei Wochen anberaumt werden. Die sozialistischen Parteien haben sich, soweit sie zum Worte kamen, ablehnend ausgesprochen.

Ein Schuldbürgerstreich in Eisleben

Die bürgerlichen Stadtverordneten in Eisleben, 17 an der Zahl, haben ihre Mandate niedergelegt, nachdem sie drei Jahre lang mit den 19 sozialistischen Stadtverordneten verhältnismäßig gut zusammengearbeitet haben und auch über die schwierigsten Situationen hinweggekommen sind. Es handelt sich um folgendes:

Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Kiese ist zum 1. Mai dieses Jahres pensioniert. Gleichwohl stellte er sich bis zur Neuwahl der Stadtverordneten, die erst nach der neuen Städteordnung erfolgen kann, zur weiteren Verfügung. Die bürgerlichen Stadtverordnete waren für seinen Vorschlag, die sozialistischen dagegen; diese beschloßen vielmehr die Ausschreibung der Stelle vorzunehmen. Das war für die bürgerlichen Vertreter Grund genug, ihre Mandate niederzulegen. Sie hoffen nunmehr auf eine Auflösung der Stadtverordnetenversammlung. Vorläufig ist ihr Vorgehen lediglich als Schuldbürgerstreich zu bewerten. Die Linke führt unter dem Vorhild des Genossen Christange die Geschäfte der Stadt weiter, und die Herren werden bald sehen, daß es auch ohne sie geht.

Noch immer Eklat. Das von dem Kaufmann Georg Eklat gegen den Verleger der B.S.-Korrespondenz angestregte Verfahren wegen Beleidigung, die Herr Eklat in den von der B.S.-Korrespondenz 1920 und 1921 veröffentlichten Artikeln erblickte, ist auf Kosten des Klägers Georg Eklat von dem Schöffengericht Berlin-Mitte eingestellt worden.

Die neue Parole von Moskau

Die „Rote Fahne“ ruft „zum Handeln“ auf

Moskau hat gesprochen: Die „Liquidatoren“, die „Revolutions“, die „Arbeitsgemeinschaftler“ sind aus der Partei hinausgeworfen und nun kann's an die weitere Arbeit gehen. Ihr meint, es ist schon genug geschimpft, gehegt und g-spalten worden? Ach nein, die kommunistischen Parolekämpfer haben noch längst nicht ihre Lungenkraft erschöpft. Die gestrige Abendausgabe der „Roten Fahne“ liefert einen neuen Beweis dafür, daß man die Leistung immer noch steigern kann. Das Blatt beschäftigt sich mit der Bewegung der sächsischen Eisenbahner und behauptet, daß die S. P. D. und U. S. P. Zeitungen die bürgerlichen Zeitungen noch um ein Vieles in der Verbreitung der „Lügenmeldungen“ übertrifft. Warum das geschieht, das erfährt man aus folgendem, in Fettdruck vorgetragenem Geheiß:

„Weil diese beiden Parteien der kapitalistischen Regierung Wirtch keine Schwierigkeiten machen wollen, deshalb lügen sie in gemeinster Weise, deshalb fallen sie den Streikenden in den Rücken und wollen durch Falschmeldungen die Eisenbahner anderer Bezirke von Solidaritätsaktionen abhalten, und deshalb soll der Streik in Sachen unter allen Umständen abgewürgt werden. Mögen die Eisenbahner weiterhungern, wenn nur die kapitalistische Wirtschaft gerettet ist.“

Zu Eisenbahner werden im Anschluß daran aufgefordert, dafür zu sorgen, „daß die scheinheiligen Verleumder und Lügner überall entlarvt werden“. Sie hätten keinen Anlaß, auf die kapitalistische Gesellschaft und auf die Regierung Rücksicht zu nehmen. „Jetzt ist es Zeit zu handeln!“ Jetzt bloß noch die Aufforderung an die Arbeiter. „Nehmt die Waffen, wo Ihr sie findet!“ und wir sind mitten drin in einer Neuauflage des hysterischen kommunistischen Geheißes vor dem Märzputz.

Es gehört die ganze Gewissenlosigkeit eines kommunistischen Zeitungsschreibers dazu, um in der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Situation die Arbeiter gegen ihre Organisationsleitungen aufzuputtsen und sie zu veranlassen, die gewerkschaftliche Disziplin wie jene Moskauer Thesen zu behandeln, die man nach Bedarf beachten oder auch unter die Füße treten kann. Die angeblid verlogenen Meldungen, die wir wiedergegeben haben, stammen von der Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, und wir haben allen Anlaß, ihnen größeren Glauben bezumessen als den Phantasiennachrichten der kommunistischen Presse. Niemals war es notwendiger, das Vertrauen der Arbeiter und Beamten zu ihren Organisationen zu stärken, als gerade jetzt. Und es zeugt nur von der Unfähigkeit der kommunistischen Presse, wenn sie die Nachrichten der bürgerlichen Blätter als bare Münze nimmt und ihre Schlußfolgerungen daraus zieht. Weiß man dort nicht, daß die kapitalistischen Kreise solche Sensationsmeldungen in die Welt setzen lassen, um mit ihrer Hilfe der Bewegung der Arbeiter einen neuen Schlag zu verfehen?

Die Arbeiter in ihrer Masse wissen jedenfalls genau, wie sie Parolen von der Art: „Jetzt ist es Zeit zu handeln!“ einzuschätzen haben. Sie werden durch ihre Organisationen selbst den Zeitpunkt dafür bestimmen, wann gehandelt werden soll, und ihn sich nicht von Moskau und seinen Sendlingen vorschreiben lassen.

Verhaftung von Kommunisten

Von zuständiger Stelle wird den P. P. R. geschrieben: Am Sonntag vormittag haben Beamte der Berliner politischen Polizei den als kommunistischen Agitator bekannten russischen Schriftsteller Maslow sowie den während der Münchener Rätezeit hervorgetretenen Kommunisten Willi Budich festgenommen. Beide befanden sich im Besitz gefälschter Pässe und anderer Ausweispapiere. Maslow hat den Namen Dr. Theodor Fied angenommen, Budich den Namen Robert Langer. Beide werden sich wegen intellektueller Verleumdung vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Nach Erledigung dieses Verfahrens wird Maslow vor-aussichtlich wieder auf freien Fuß gesetzt, da er weiterer strafbarer Handlungen nicht bezichtigt wird. Budich wird nach München verbracht, da er von der dortigen Staatsanwaltschaft seit dem Jahre 1920 strafrechtlich wegen Hochverrats und Beteiligung am Geheilmord gesucht wird.

Die Verhaftung der beiden Kommunisten erfolgte nach unserer Information in dem Augenblick, als sie das Reichstagsgebäude betreten wollten, um an den Verhandlungen des Zentralkomitees teilzunehmen. Im übrigen ist die Notiz der P. P. R. nach mehr als einer Seite hin recht interessant.

Der sächsische Eisenbahnerstreik

Dresden, 25. Januar.

Die Eisenbahner haben nachmittags mit ungefähr 3000 gegen etwa 30 Stimmen beschlossen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Die Eisenbahnverwaltung sagte zu, daß niemand wegen des Streiks gemahregelt wird.

Die Bedingungen für Rußland

London, 25. Januar.

Die russische Abteilung der Londoner Handelskammer hat eine Entschließung angenommen, in der die von den alliierten Mächten in Cannes angenommene Resolution begrüßt, jedoch erklärt wird, die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Resolution zufolge übernommen werden müssen, sei nur möglich, wenn die Grundlage des Privatbesitzes und der Freiheit der Person in Rußland anerkannt und ihre Durchföhren erzwungen werden. Die amtliche Anerkennung der Sowjetregierung durch die britische Regierung dürfe nicht erfolgen, bevor diese Bedingungen durch die Sowjetregierung erfüllt seien. Daher sei es durchaus unerwünscht, daß die Frage weiterer Kredit an die russische Regierung aufgeworfen werde.

Der französische Wiederaufbau

Paris, 25. Januar.

Der neue Minister für die bestreuten Gebiete, Reibel, hat heute vormittag zu Pressevertretern über sein Wiederaufbauprogramm ausgesprochen. Er versicherte, den Wiederaufbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beschleunigen zu wollen. Finanzminister de Lastenrie habe bereits die Gewähr gegeben, daß das Wiederaufbauprogramm der vorangegangenen Regierung durchgeführt werden könne. Dieses Programm werde sobald als möglich wieder normale Verhältnisse herstellen. Der Minister redete vor allem auf die Unterstützung der privaten Industrie. Er siehe dem Vertrag der Sachlieferungen, den sein Vorgänger Loucheur in die Wirklichkeit umzusetzen begonnen habe, durchaus freundlich gegenüber. Die Abmachungen, die zur Zeit noch der Prüfung der alliierten Regierungen unterliegen würden, die wünschenswerten Vorkehrungen enthalten.

Der Stand der preussischen Finanzen

Das große Defizit — Minderertragnis der staatlichen Betriebe

Am Mittwoch wurde im Preussischen Landtag der Haushaltsplan für das Jahr 1922 eingebracht. Finanzminister Dr. v. Richter gab dabei folgende Erläuterung:

Ich darf mit Freude feststellen, daß wir uns wieder dem Zustand nähern, den die Verfassung als regelmäßig ansteht, dem Zustand, wonach der Haushaltsplan vor Beginn des Rechnungsjahres fertiggestellt werden soll. Eine rechtzeitige Einbringung und rechtzeitige Erledigung des Haushaltsplanes ist die notwendige Voraussetzung für eine ordnungsmäßige Wirtschaft des Staates. Mit der Aufstellung dieses Haushaltsplanes ist begonnen worden zu einer Zeit, als der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 im Landtage noch nicht zu Ende beraten war. Die bei dieser Beratung gegebenen Anregungen und keine Beschlüsse konnten daher bei der Aufstellung des neuen Haushaltsplanes nicht berücksichtigt werden. Die Regierung ist mit möglichster Sparamkeit bei der Aufstellung dieses Etats vorgegangen. Der neue Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit

Über 20 Milliarden Mark

ab. Das bedeutet gegenüber dem Rechnungsjahr von 1921 eine Steigerung von 3519 Millionen Mark und gegenüber dem Rechnungsjahr von 1920 eine Steigerung von 12 120 Millionen Mark.

Im Vorjahre ist eine Verbesse rung bei den Betriebsverwaltungen in Höhe von 384 Millionen Mark zu verzeichnen. Dennoch ergibt sich infolge der Entwicklung der Verhältnisse eine Verschlechterung von 780 Millionen Mark. Daher kommt der Fehlbetrag des Haushalts von 1903 Millionen Mark, dessen Deckung aus Reichsmitteln erfolgen soll aber nur vorläufiger Natur ist. Der Haushaltsplan für 1921 konnte bekanntlich nur balanciert werden, indem vom Landtage ein Posten von 2,4 Milliarden aus der Erhöhung künftiger Einnahmen eingestellt wurde. Bisher ist aber vom Landtage auch nicht ein einziger Pfennig dieser 2,4 Milliarden bewilligt worden. Dieses Defizit ist also noch zu decken.

Die Steuerquellen, die den Ländern und Gemeinden geblieben sind, sind leider sehr beschränkt. Sie müssen aber in noch ganz anderem Maße als bisher dem vermehrten Bedürfnis dienlich gemacht werden. Das Reich macht ja auch keine Bereitswilligkeit, Vorschläge an die Länder und Gemeinden zu bezahlen, von Bedingungen abhängig, über die im Vorjahre Resolutionen herausgegeben worden sind. Vom Standpunkt des Reiches aus ist es verständlich, daß das Reich die Gewissheit haben will, daß die Anforderung eine Notwendigkeit bedeutet, daß die den Antrag auf Unterstützung Stellungen ihre Einnahmequellen voll ausschöpfen und daß sie schließlich

die größte Sparamkeit üben.

In der letzten Zeit hat es sich vielfach herausgestellt, daß die Gemeinden ihre Beamten höher bezahlen als der Staat. Es stimmt zwar, daß die leitenden Beamten in den größeren Gemeinden ein größeres Maß von Verantwortung tragen, als dies bei einer gleichen Stellung im Staatsdienst der Fall ist, sie müssen natürlich auch entsprechend belohnt werden. (Sehr richtig!) aber von vielen Ausnahmen abgesehen, haben viele Kreise unserer Staatsbeamten den Eindruck, daß eine gleiche Tätigkeit, wie sie sie ausüben, bei den Gemeinden ganz anders bezahlt wird als im Staat. Das muß die preussische Beamtenenschaft verärgern.

Bei der Auslegung des Sperrgesetzes ist es bereits zu Streitigkeiten gekommen. Es soll daher ein Landeschiedsgericht eingerichtet werden, mit der Aufgabe, diese Streitigkeiten zu schlichten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt dem Landtage bereits vor. Die Anschauung, daß viele Gemeinden nicht die nötige Sparamkeit bei den Gehältern haben obwalten lassen, wurde kürzlich auf einer Konferenz, die sich mit diesen Fragen beschäftigte, auch von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Demokraten zum Ausdruck gebracht. Ich würde jedem Beamten, ganz gleich, ob er Staats- oder Kommunalbeamter ist, das, was ihm zukommt. Als Finanzminister muß ich aber darauf sehen, daß nicht die Finanzpolitik der Gemeinden die Interessen der Staatsbeamten beeinträchtigt. (Sehr richtig!)

Im neuen Etat sind wichtige Mehrausgaben vorgesehen: 920 Millionen Mark für die Schutzpolizei, 200 Millionen für das Finanzministerium, über 200 Millionen für Kunst und Wissenschaft, fast 200 Millionen für Volkswirtschaft, 80 Millionen für Handel und Gewerbe, 81 Millionen für die Landwirtschaft; dazu kommen noch die Bedürfnisse der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Zuschlag zur Einkommensteuer ist für die Länder unumgänglich; diese Frage ist aber im wesentlichen eine politische. Das Reich muß hier Zugeständnisse machen. Man bekommt einen gelinden Schrecken, wenn man das

große Minderertragnis der staatlichen Betriebe

sieht, und zwar zu einer Zeit, wo im Privatbetriebe außerordentliche Ueberschüsse erzielt werden. Wir müssen zu einer lebendigeren Betriebsverwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen kommen. (Zurück bei den Komm.: Die alten Gehälter müssen an die Luft geblasen werden!) Wechselsoll nicht bei der staatlichen Bergwerksverwaltung ebenso auf eine kaufmännische Bilanz möglich sein, wie sie von jedem privaten Bergwerkbetrieb verlangt wird? Geeignete Personalitäten sind wohl vorhanden. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß Preussien von den 2 Milliarden, die es zu den Kriegskosten gekostet hat, noch nicht eine Mark zurückerhalten hat. (Hört! Hört!)

Die Vermehrung der schwebenden Schuld und damit der schlechte Stand unserer Baluta ist unvermeidlich. Preußen hängt auch hier durchaus vom Reiche ab. Ist doch die schwebende Schuld des Reiches im Jahre 1921 auf 247 Milliarden Mark angewachsen! Von den laufenden Ausgaben des Reiches wird nur die Hälfte durch laufende Einnahmen gedeckt. Seit dem Londoner Diktat ist unsere Papiermark um mehr als das Dreifache weiter entwertet worden. Die wachsenden Mismen der Arbeitslosigkeit in England, Amerika und der Schweiz lassen immer mehr die Erkenntnis durchdringen, daß man einen so wichtigen Teil wie das Deutsche Reich nicht von der allgemeinen Wirtschaftspolitik loslösen kann, ohne damit der Gesamtheit zu schaden. Das eigene Interesse wird alle Länder zu der Erkenntnis führen, daß die jetzt bestehenden Zustände schließlich auch das eigene Vaterland, wenn nicht zum Abgrund, so doch zu den allerschwersten Schädigungen führen müssen. Daher wünschen denn auch die Amerikaner, daß zwei Hauptprobleme vor Genua entschieden werden: Die Frage der Abänderung der deutschen Reparations-

verpflichtungen auf Grund der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Frage der Landdarlehnung. Auch eine Verringerung der Reparationsleistungen wird noch nicht endgültig helfen. Erst muß sich die Ueberzeugung durchsetzen, daß Deutschland gleichberechtigt im Kreise der anderen Nationen ist. Zwei Grundzüge müssen für die preussische Finanzpolitik maßgebend sein, einmal der Grundsatz der Sparamkeit und dann: keine Ausgabe ohne Deckung. Wir wollen die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht fahren lassen. (Lebh. Beifall.)

Deutscher Reichstag

Mittwoch, den 25. Januar

Als erster Punkt der Tagesordnung kommt zur Beratung die Interpellation der Deutschnationalen wegen des Wagenmangels.

Abg. Vogt (Dnt.) begründet die Interpellation: Wir müssen eine zahlreichere Wagenleistung und einen schnelleren Wagenumsatz erreichen. Die Reichsregierung hätte auch viel mehr auf die Herstellung neuer Wagen drängen und für schnellere Reparatur beschädigter Wagen sorgen müssen. Die Eisenbahnverwaltung sollte sich auch etwas mehr mit kaufmännischem Geist befassen. Die von den großen Werken angeforderten Wagen sind nur zu einem Teile, bis zu 18 Prozent, der Anforderung herab geliefert worden. Ganz besonders schlecht ist die Landwirtschaft dabei weggekommen. Unter solchen Umständen müssen Volksernährung und Volkswirtschaft beträchtlich leiden.

Reichsverkehrsminister Gröner: An der Organisation des Wagenstellungsdienstes ist seit dem Jahre 1909 nichts geändert worden. Der Steigerung der Betriebsleistung im vorigen Herbst war die deutsche Reichseisenbahn noch nicht gewachsen. Es wurden plötzlich 21 Prozent Wagen mehr verlangt als im vorigen Jahre in der gleichen Zeit. In dieser Steigerung des Verkehrs kam das völlige Verlegen der Wasserstrassen, auf die das Transportwesen angewiesen ist. Auch erforderte die Wechseleinfuhr an Lebensmitteln eine weit größere Anforderung als bisher. Die lange Anfahrzeit der Wagen ist darauf zurückzuführen, daß für viele Transportwagen sehr weite Wege zurückzulegen waren. So mußten z. B. die Kartoffeln aus Ostpreußen und Pommern durchweg nach den westlichen und südwestlichen Randgebieten transportiert werden. Gegenüber dem Vorjahre sind allgemein ganz bedeutende Verbesserungen in der Wagenstellung erreicht worden. Wenn im vorigen Herbst

die gewaltige Verkehrssteigerung

nach nicht bewältigt werden konnte, so dürfen wir doch hoffen, daß in kommenden ähnlichen Situationen sich die Verhältnisse weiter wesentlich bessern lassen und gebessert werden. Wir haben eine beträchtliche Anzahl neuer Wagen geschaffen. Im laufenden Jahre wird die Zahl der neubeschafften Wagen 70 000 erreichen. Auch die Reparaturverhältnisse haben sich stark gebessert und bessern sich immer mehr. Bei den Lokomotiven kommt in Betracht, daß wir während des Krieges große Mengen Kupfer aus den Lokomotiven herausgerissen haben, die jetzt erst nach und nach wieder hineingebaut werden können.

Abg. Guany (D. Sp.): Die Zahlen, die der Minister hier vorgeführt hat, lassen einen unmittelbaren Vergleich nicht zu. Von unseren Transporteinrichtungen müssen wir erwarten, daß sie nicht nur Mindestanforderungen gerecht werden, sondern auch bei Höchstleistungen nicht versagen.

Abg. Hompel (Ztr.) äußert sich in ähnlichem Sinne.

Hiernach wird die Beratung der Interpellation abgebrochen. Abg. Wiener beantragt im Auftrage des Ausschusses für Bildungsweisen, der Reichstag wolle beschließen, im kulturellen Interesse die Reichsregierung zu ersuchen, die Stelle, die die Eisenbahn-Personenartise vorbereiten, in der Richtung zu ergänzen, daß die kulturellen Interessen dortselbst vertreten sind. Ferner: 1. zu erwägen, ob den Studenten deutscher Staatsangehörigkeit oder deutschen Stammes für die Fahrt von und zur Hochschule, also von und zur Arbeitsstelle, fernermäßig die gleiche Ermäßigung wie den Arbeitern bei der Fahrt von und zur Arbeitsstelle gewährt werden kann; 2. dahin zu wirken, die Eisenbahn-Personenartise so zu gestalten, daß die Entwicklung der Jugendpflege und der kulturellen Beziehungen nicht behindert wird.

Diese Anträge werden ohne Debatte einstimmig angenommen. Debatteles angenommen wird sodann ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, die Reichsregierung zu ersuchen; 1. den Gesetzesentwurf gegen den Alkoholimibbrauch dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorzulegen; 2. mit den Ländern in Verbindung zu treten, um dem Ueberhandnehmen von Bars, Dielen, Wirtshäusern, sog. „Familienrestaurants“ in den oberen Stadtteilen, schonungslos entgegenzutreten; 3. dem Drängen auf weitere Verlängerung der Volkseisenbahn von Reichs wegen nicht nachzugeben; 4. das Ueberwachen der Alkoholzollkammer bei den Reichseisenbahnen nicht zu verlassen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 5 Uhr. Tagesordnung: Reichshaushalt und Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. — Schluß der Sitzung: 3/4 Uhr.

Der Kampf um die Befoldungsordnung

Beratungen der Beamtenfragen im Reichstagsausschuß

Der 22. Ausschuss beschäftigte sich am Mittwoch mit der von der Reichsregierung in der Plenarsitzung des Reichstags vom 21. Januar abgegebenen Erklärung zur Beamtenbefoldung. Von den Sozialdemokraten traten die Abgeordneten Bender (S. P. D.) und Bräunig (U. S. P.) für eine Reform der Befoldungsordnung ein mit der Maßgabe, daß die unteren Befoldungsgruppen besser berücksichtigt werden. Bis zur Durchführung dieser Reform soll in den besonders teuren Orten auf der Grundlage der für die Eisenbahner in Betracht kommenden Ueberzeugungszuschüsse ein Ausgleich gesucht werden. Auch wurde gewünscht, die für die Eisenbahner festgesetzten Ueberzeugungszuschüsse auf die Arbeiter der übrigen Reichsverwaltung auszudehnen. Der Hinweis des Abgeordneten Schuldt (Dem.), daß die Justizbeamten in den Streit gehen wollen, wenn einer vorangehe, bewirkte große Heiterkeit. (1)

Nach der Aussprache zu urteilen, scheint im Ausschuss eine Mehrheit für die Uebertragung der den Eisenbahner gewährten Ueberzeugungszuschüsse auf die Beamten vorhanden zu sein. Eine Abstimmung erfolgte jedoch nicht. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Die Reugier der Polizei

Der preussische Minister des Innern hat eine Umfrage darüber halten lassen, ob von den Reisenden in den Meldeformularen und Fremdenbüchern noch eine Angabe des Religionsbekenntnisses verlangt wird. Es hat sich ergeben, daß dieser Anflug noch immer geübt wird.

Nach Artikel 130 der Reichsverfassung werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit nicht beschränkt. Nach Absatz 3 dieses Artikels ist niemand verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben jedoch soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert. Gestützt auf diese Vorschrift der Reichsverfassung verfügt der Minister, daß die Angabe des Religionsbekenntnisses für solche Personen notwendig sei, die an einem Ort dauernden Aufenthalt nehmen.

Auch diese Bestimmung ist überflüssig: Sie führt nur zur Bevormundung der Bevölkerung durch die Behörden. Die Regierung ist dafür verantwortlich, daß diese überflüssige Reugier der Polizei, die von den Beamten teils aus Unkenntnis, teils aus Bosheit betrieben wird, endlich abgestellt wird.

Politik und Polizei

Der Scherische „Tag“ hat in der letzten Zeit in zwei Artikeln scharfe Angriffe gegen die Schutzpolizei gerichtet, die von der gesamten rechtsstehenden Presse übernommen und im zunehmenden Sinne glossiert wurden. Die Unterlagen für die Artikel wurden dem „Tag“ von rechtsradikalen Polizeioffizieren geliefert, die darüber erbot sind, daß es in der Schutzpolizei nicht ganz so zugeht wie in einer Rekrutenschule. Um die zuverlässigen Beamten, die auf republikanischem Boden stehen, aus der Schutzpolizei hinauszugraden, wurde behauptet, ein großer Teil der Beamten gehöre den linksradikalen Parteien an, die Disziplin würde durch sie untergraben. Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Staate gefährdet. Gegen diese tendenziöse Darstellung erhoben sich die maßgebenden Verbände des preussischen Polizeiwesens scharfen Einspruch. Sie haben hervor, daß die Schutzpolizei in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der Verfassung stehe und daß auch die Maßnahmen des Ministers des Innern und des Ministerpräsidenten Dr. Hegeg ihre Vertrauen fänden.

Das Dessauer Hoftheater abgebrannt

Dessau, 25. Januar.

Das frühere Hoftheater, heutige Friedrichstheater in Dessau ist am gestrigen Mittwoch vollkommen niedergebrannt. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache brach am Loosmitz im Bühnenhaus ein Brand aus, der an den Requisiten und Dekorationsreichtum reiche Nahrung fand und sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die sofort alarmierte Feuerwehr brachte zunächst das Bühnenpersonal und die Schauspieler, von denen vorübergehende Brandwunden davongetragen haben, in Sicherheit. Leider hat die Brandkatastrophe ein Todesopfer gefordert. Die Kammerjägerin Frau Vili Herling, die anscheinend in ihrer Garderobe von dem Feuer überrollt wurde und in der Verwirrung den rettenden Ausweg nicht gefunden hatte, hat den Tod in den Flammen gefunden. Eine Zeitlang war auch das städtische Elektrizitätswerk, das unmittelbar an das Theater angrenzt, aufs höchste gefährdet, doch gelang es den Anstrengungen der Polzeimannschaften, ein Uebergreifen des Feuers zu verhindern und das Wert zu retten.

Das Theater ist, nachdem das Feuer 5 Stunden lang gewütet hatte, vollkommen niedergebrannt, nur die nachden Mauern stehen noch. Der Schaden beträgt viele Millionen. Von den wertvollen Bühnenausstattungen, Requisiten, Requisiten, sowie von der übrigen Einrichtung des Theaters konnte nichts gerettet werden. Mehr als 100 Schauspieler und Bühnengestellte sind durch die Brandkatastrophe profitlos geworden.

Zu dem Umstand des Friedrichstheater wird weiter gemeldet: Das Theater ist völlig niedergebrannt. Der Brand brach wäh end der Probe aus. Er entstand durch Kurzschluß, fand an den zahlreichen Theaterrequisiten reichliche Nahrung und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit auf die angrenzenden Räume. Um 12 1/2 Uhr war bereits das an das Theater angrenzende Gebäude der Kammerspiele von dem Feuer ergriffen und eine halbe Stunde später zerstört. Die Dessauer Feuerwehr stand dem Element machtlos gegenüber. Deshalb wurden die Wehren der umliegenden Städte zur Hilfeleistung herbeigerufen. Das Feuer breitet sich weiter aus und droht den ganzen umliegenden Häuserblock zu vernichten.

Der Leichnam der Frau Herling wurde in dem ausgebrannten Theater in fast völlig verfohlenem Zustande auf einer eisernen Treppe liegend aufgefunden. Vermutlich wird außerdem ein Friseur, die Ursache des Brandes ist in einer Reflexplosion zu suchen. Um 4 Uhr nachmittags brannte das Theater noch. Die Löscharbeiten sind durch die Kälte erschwert; das Wasser gefriert in den Schläuchen. Magdeburg entsandte mit Sonderzug eine Dampftruppe.

Die geeigneten Verfassungshilfer. Eine vorkommende Anfrage im Reichstag erhebt gegen den sächsischen Innenminister Lipinski anlässlich seines Vortrages gegen den sächsischen Verein „Die Brüder vom Stein“ den Vorwurf, er habe in ein schwebendes Verwaltungsgerichtungsverfahren eingegriffen, und fragt die Reichsregierung, ob sie bereit ist, die im Artikel 107 verlegte Reichsverfassung zu schützen. Das Entstehen der reaktionären Kreise über die Veröffentlichungen Lipinskis beweisen, daß er damit das Richtige getan hat.

Der Zentrumsgewählte Herold ist schwer erkrankt. Sein Befinden hat eine Verschlechterung erfahren, so daß man für den 74jährigen Alterspräsidenten das Schlimmste befürchtet.

Stiller

INVENTUR

AUSVERKAUF

Beginn: Montag

den 30. Januar 1922, vorm. 9 Uhr

Der Schulreaktionär Boelck

Uebergriffe gegen einen Elternbeirat

Der reaktionäre Potsdamer preussische Kultusminister Boelck kämpft gegen jeden Fortschritt in der Schulwesen, also auch gegen die Elternbeiräte.

Preisfrage an den Kultusminister Dr. Boelck und an das Provinzial-Schulkollegium: Seit wann unterstehen denn die Elternbeiräte, die gewählten Vertreter der Elternschaft einer Schule, der Disziplinargewalt der Schulbehörde?

Es lohnt sich gewiß, diesen Akt der Entmachtung einer republikanischen — oder nicht? — Behörde der Bergessenheit zu entreißen.

Provinzial-Schulkollegium Berlin, den 4. Januar 1922

In der Sache betr. den Tod des Direktors Sporleder in einer Elternbeiratsitzung beauftragt uns der Herr Minister...

geb.: Kolbe, Beglaubigt: (Unterschrift unleserlich), Kanzlei-Assistent Sekretär.

An den Vorsitzenden des Elternbeirats der 283. Gemeindegemeinschaft, Herrn Schlosser Karl Köhl, Berlin.

Zunächst sei das Schulkollegium, das ein recht mangelhaftes Deutsch schreibt, darüber belehrt, daß man nicht den Zweck einer Einrichtung lähmen kann.

Inzwischen bemüht sich das Lehrerkollegium der 283. Gemeindegemeinschaft ebenfalls, zu zeigen, daß es im Kampf gegen die Elternbeiräte nicht hinter der reaktionären vorgelegten Behörde zurücksteht.

283. Gemeindegemeinschaft Berlin, den 12. Januar 1922

Sehr geehrter Herr Köhl!

Sie haben durch mich den Antrag gestellt, das Kollegium wolle Ihnen Gelegenheit geben, auf einer Elternbeiratsitzung, zu der das Kollegium zu erscheinen habe, Ihr Verhalten bei den Vorfällen des vergangenen Jahres zu rechtfertigen.

Ich bitte Sie, nunmehr dem genannten Elternbeirat folgenden Entschluß des Kollegiums zur Kenntnis zu bringen:

Das Kollegium der 283. Gem.-Sch. erklärt sich bereit, mit dem Elternbeirat in seiner jetzigen Zusammensetzung zusammenzuarbeiten, wenn Herr Köhl den Vorfall niederlegt.

Z. A. des Kollegiums: Fahrenhorst, Rektor.

Dieses Lehrerkollegium zeigt durch sein Verhalten, wie es einzuschätzen ist. Es verweigert einem Manne, der seine völlige Unschuld an dem bedauerlichen Unglücksfall des Direktors Sporleder gerichtsnotorisch bestätigt erhielt, eine Rechtfertigung;

Ein drittes Stadium derselben Sache schlägt aber dem Fuß den Boden aus und zeigt den letzten Grund der ganzen Hege. Ohne Kenntnis auch nur eines Mitgliedes des Elternbeirats wurde am 19. Januar eine Elternversammlung veranstaltet, zu der mit einem Flugblatt: „Das wahre Gesicht der neuen Schule“ eingeladen wurde...

An dem geschlossenen Widerstande der sozialistisch und fortschrittlich gesinnten Elternschaft werden diese wie alle reaktionären Versuche, das gesetzliche Recht der Elternschaft zu verkommen, scheitern.

Allmähliche Einführung der einmaligen Einschulung. Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die jährliche einmalige Einschulung hat beschlossen: „Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der jährlichen einmaligen Einschulung einverstanden, und zwar zum Oftertermin, jedoch lehnt sie die sofortige Umwandlung der W-Klassen in D-Klassen ab, fordert vielmehr einen allmählichen Abbau dieser Klassen von unten heraus, an sämtlichen Schulen.“

Justav macht det Rennen!

In Hannover an der Leine Kriegt der Justav kalte Beine, Und sein Bauch wird kugelrund, Nach dem Reichstag steht sein Hoffen, Schon steht er die Läre offen, Und er spricht, mit seinem Mund — Schramm!

Stillestanden, Herrn Jenossen, Reicht mir eure Vorderlöffeln, Teht red' id 'ne kloene Nacht; Denn id bin ja der jeborne, Denn id bin der auserlorne Spayen — Spighenlandat Bum!

Immer jeklesjejenwärtig, Wird' id in drei Tagen fertig Mit dem Kapp, und nich zu knapp. Auch die frechen Spartakisten, Kommunisten, Uspeidisten Bracht' id schepstlich uff den Troapp Schwapp!

Ku bekehr' id die Studenten Und die andern Intell'jenten Schlemmigt noch zur S P D, Dann mach' id mir zum Diktator, Kenn' mir Deutschlands Trophen Vater Und jehelst is alles Weh — Zuchel!

Girgl

Religion und Politik

Ein lehrreicher Briefwechsel

Die Vereinigung für Religion und Völkerverständnis veranstaltete am Donnerstag, den 19. Januar, in Sieglitz eine öffentliche Versammlung, in der der sozialistische Pfarrer Kleier über das Thema: „Ist der Sozialismus eine Religion?“ sprach.

Der Einladung der V. d. F. v. R. u. V. zu ihrer heutigen Versammlung — uns übermitteln durch einen Mann, der schon vor Jahren mit seiner Kirche förmlich gebrochen hat — sind wir nicht in der Lage, Folge zu leisten.

Die evangelischen Pfarrer der Kirchengemeinde Sieglitz. Die Vereinigung für Religion und Völkerverständnis erteilte darauf den Sieglitzer Pfarrern eine Lektion, die sie sich gewiß nicht hinter den Spiegel stecken werden.

Folge wie sie sind, suchen sie bei Ihren Gemeindefreunden eine Formulierung, damit sie juristisch nicht zu fassen sind. Sie bezeichnen den Pfarrer Kleier, daß er wie ein bezahlter Agent unserer Blutsauger handle.

Den Sieglitzer Geistlichen und vielen ihrer Amtsgenossen ist noch nicht genug Blut geflossen, die Verleumdung der Menschheit

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Köhl, Copyright 1921 von Grellstein & Co. S. m. b. H., Leipzig.

(77. Fortsetzung)

VII

Wir haben nicht zu befürchten, in einem französisch-deutschen Bündnisse die Benachteiligten zu sein: weil Deutschland nach der Revolution französische Hilfe zur Entwaffnung der monarchisch-reaktionären Partei angerufen hat;

weil — das muß man den Schwanzenden, die immer noch argwöhnen, daß die Militärpartei in Deutschland Anhänger hat, ins Gedächtnis rufen — dieses Volk die Republik errichtet und sich von seinem Kaiser befreit hat;

weil der Popanz des deutschen Militarismus sofort seine Zurückschneidbarkeit einbüßen würde, wenn er sich nicht gegen widerwillige und verhaßte Nachbarn zu kehren hätte;

weil unsere gegenseitigen Beschwerden: deutsche Heuchelei, französischer Imperialismus mehr durch die Anstrengungen der Propaganda, als durch persönliche Erfahrungen in den Köpfen haften geblieben sind. Auch die geistigen Menschen aller Länder waren während des Krieges an dem gleichen Wahnsinn erkrankt und haben die gleichen Verleumdungen ausgetauscht.

VIII

Die einfache Vorsorge rät uns zur französisch-deutschen Versöhnung:

weil Deutschland im Augenblick zwar aller Hilfsmittel beraubt, verhungert und in Verlebung ist, sich aber erholen wird. Sein Wille ist das Pfand seiner Auferstehung. Und diese Auferstehung wird sich gegen uns richten, wenn sie sich ohne uns vollziehen wird;

weil ohne dieses Bündnis wir eine ununterbrochene Folge von Nachkriegskriegen erdulden müßten;

weil Deutschland, das 1870 ungefähr soviel Einwohner hatte wie wir, morgen die doppelte Zahl haben wird;

IX

Zwischen einem unausbleiblichen Krieg und dem Bündnisse wähle ich das letztere:

weil es vielleicht einem Finanzkrisen Ruhe bringt, die Völker gegeneinander zu hegen, damit ihm selbst Abschlüsse, Kohlenbergwerke, Petroleumgruben, Wollpflanzungen,

Erlöser und wirtschaftliche Abschließungen zufallen, wodurch unbegrenzte Preissteigerungen erzielt werden können, während es ganz im Gegenteil dem Nutzen der Völker entspricht, die Finanzloute ihre Konkurrenzlämpfe allein auskämpfen zu lassen, ohne Zollgrenzen, durch die der Verbraucher zugrunde gerichtet wird;

weil sich der einzelne zwar der Gesellschaft unterordnen soll, aber nicht der G. m. b. H.;

weil man die Beleidiger und die Verleumder gleichmäßig verabscheuen soll, die den Haß auf beiden Seiten der Grenzen nähren. Diese Verfolger der Totenlammern sind, mögen sie auch in ehrlichem Glauben, im Ueberchwang ihrer patriotischen Begeisterung handeln, nicht besser, als wenn sie gedungen wären, Bestellungen von Küstungen und Kanonen zu erzielen;

weil ich allen, die großsprecherisch erklären: „Ich bin für einen neuen Krieg,“ antworten werde: „Bei welcher Waffengattung werden Sie ihn mitkämpfen?“

weil Greise, Antagliche und Frauen nicht das Recht haben, den Krieg einem Bündnisse vorzuziehen. Sie ahnen nicht, was eine Schlacht ist; sie sind sicher, nicht an ihrem eigenen Körper leiden zu müssen. Nur die Frontkämpfer sind berufen, über sich selbst zu verfügen. Leute, die es zulassen oder billigen, daß andere ins Feuer gejagt werden, sind nicht besser als Mörder;

weil die Erinnerung an unsere anderthalb Millionen Tote uns abklopfen sollte, neue Opfer fallen zu lassen;

weil das Kriegsgeschrei: Freiheit oder Tod! ein Widerspruch ist. Wenn ich tot bin, bedeutet mir die Freiheit nichts mehr. Wenn ich am Leben bleibe — welche Freiheit gibt es nach dem modernen Krieg noch in einem Lande, das unter einer Last von Steuern leidet, das unter einer Ueberfülle von Gefessenen lähmt, und in dem es von Dieben wimmelt?

„Der Friede oder der Tod“, so müßte es in Wahrheit heißen;

weil jene Lügen, die uns hegen, ihren Vorleib zu verteidigen und uns vorzubeten: Der Tod fürs Vaterland ist das Schönste. Nein, das Schönste ist Lieben, Schaffen, Leben!

45

Die Fahnen.

Réals Ausruf wurde als Flugblatt veröffentlicht, weil keine Zeitung ihn aufnehmen wollte. Er erregte lebhafteste Kämpfe in der Presse.

Die Zeitungen der Linken begrüßten ihn als unerwartete Aeußerung der gesunden Vernunft, die um so bemerkenswerter sei, als sie von einem angesehenen Manne stamme.

Die Zeitungen der Mitte wahrten Zurückhaltung. Sie lobten die Hochherzigkeit der Gesinnung, versicherten aber,

daß sie noch lange nicht in die Tat umgesetzt werden könne. Sie sprachen vom europäischen Völkerverbund in nachsichtigen und zweifelnden Worten, wie dies Zeitungen und vernünftige Bürger seit jeher in der Gewohnheit hatten, machen sie nun den Fernsprecher als Vaudrodner-Kunststück adian, die Heißbarkeit der Tuberkulose verneinen, oder wie Herr Thiers mit Zustimmung des Parlaments erklären, daß Eisenbahnen niemals die Postkutsche ersetzen würden. Sie verbieten sich in Belleidsbezeugungen, weil sich ein so vortrefflicher Kopf in solchen Humanitätsträumen ausgab.

Immerhin konnte man an gewissen Zeichen erkennen, daß sich eine Entwicklung vorbereite. Man schwieg lieber, als daß man widersprach. Die alten erfahrenen Zeitungseulets bekannten nicht recht Farbe, sie blieben zurückhaltend, da sie ganz genau wußten, wie sehr sich seit einigen Monaten die Stimmung gegen jene Männer wandte, durch deren schwere Unwissenheit und verbrecherischen Reichsinn Europa dahinsiechte.

Die Zeitungen der Rechten konnten Réal an, in demselben Solde zu stehen, sie bebandelten ihn als schädlichen Träumer, als Jugenderberber und verlangten, daß man ihn in die Verbannung schle.

Und seine Post! Täglich brachte der Postbote Duhende von Briefen. Briefe von Kaufleuten auf Papier mit aufgedruckter Firma, Künstlerbriefe auf karierten Blättern, Briefe von Professoren, Ärzten, Geschäftleuten, alten Soldaten, Offizieren, Kriegswitwen, Frauen, Landeuten, Studenten, Gewerkschaftlern, die im Namen von Tausenden und Tausenden Genüßgenossen sprachen. Und in allen Briefen standen die gleichen Sätze: Endlich ein vernünftiges Wort! Endlich einer, der den Mut hat, die Wahrheit zu sagen! Endlich ist es soweit, daß man diesen Akt abschüt'elt! Endlich ein Mensch, der zur Verteidigung seiner Mitmenschen aufsteht!

Natürlich erhielt er auch Warnungen: „Sie sind auf der schiefen Ebene!“ oder: „Achilles legte nochmals seine Rüstung an, um den Tod des Patroklos zu rächen. Gessen wir unsere Rüstungen im Reite verstauben lassen und in die Arme des verhassten Deutschland eilen?“ Oder auch: „Selen Sie auf Ihre Hui! Die Deutschen liegen nach wie vor!“ Ewige Lianen, die man vertrauensvoll nachbetet, listlose Fasel auf dem Weg zum Unheil!... Einige dieser Briefe zeigten die zitternde Handschrift von Greisen, die sechszwanzig junge Leute von zwanzig Jahren zum Tode verurteilten. Es gab auch Briefe, die sich mit schmutzigen Beschimpfungen beugneten: „Scher' dich nach Böhmen. Sch... lert, gelauster!“ Es kam sogar ein Briefumschlag, der ein auf unennbare Weise verunreinigtes Stück Papier enthielt.

(Schluß folgt.)

nicht weit genug vorgeschritten noch nicht ein genügend großer Teil der Welt verwüstet worden. Sie entrüsteten sich über die „Schwarze Schmach“, sie wollten aber erneut die Fortsetzung der „weißen Schmach“.

Alle anständigen Menschen müssen dieser verlogenen Gesellschaft die Gefolgschaft auftragen und sich einleihen in die sozialistische Kampfgemeinschaft der Arbeiter, um mit diesen gemeinsam daran zu arbeiten, daß wahre Menschenliebe und ewiger Völkervertrieb endlich Wirklichkeit wird. Dann wird auch der Verluh der Gefolgschaft, neue Kriege zu propagieren, die ihm gebührende Beurteilung gefunden haben. Wie gefährlich es aber ist für Friedensfreunde, den Gefolgschaften ihre Kinder zu überantworten, das beweist die Tatsache, daß man sich in Steglitz nicht entschloß hat von der Kanzel herab zu predigen: „Schützt uns die Jugend, wir werden sie mit geistlichen Waffen ausrüsten und den Hölzern!“

Allen Arbeitern sollten diese Worte eine Mahnung sein, ihre Jugend vor solchen hoh- und blutrünstigen Gestalten zu schützen.

Praktisches Christentum

Der Oberpfarrer mit den drei Wohnungen

Von dem Vorsitzenden der Beschwerdekommission beim Wohnungsamt Charlottenburg wird uns folgendes mitgeteilt: Ende September v. J. gelangte der hiesige Beschwerdekommission zur Kenntnis, daß der Oberpfarrer Richter von der Luisenkirchengemeinde über mehrere Wohnungen verfügen sollte. Die eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß der Genannte in Benutzung hat: 1. eine Privatwohnung von neun Zimmern und Mädchenkammer, Garnierstraße 1, die bewohnt wird von dem Ehepaar, zwei Töchtern, zwei Söhnen und einer Stiege; 2. eine Zweizimmerwohnung (Dachgeschoss) im Kaiser-Friedrich-Kondent, Guerickestr. 4, zur Unterstellung von Möbeln und gelegentlichen Schlafgelegenheit der Kinder und 3. Scharrenstr. 32a, im Zentralbureau der Kirchengemeinde ein Sprechzimmer. Die Notwendigkeit der Benutzung der zu 2 und 3 angeführten Räume wird mit einer weiten Entfernung von der erwähnten Privatwohnung, Garnierstraße 1, begründet.

Das Wohnungsamt hat unterm 3. d. Mts. die für die Unterbringung einer wohnungssuchenden Familie geeignete Wohnung im Hause Guerickestr. 4 für den Kirchendiener der Gemeinde beschlagnahmt, der mit Frau und einem 4 1/2 jährigen Kind seit März 1920 als Flüchtling dem Wohnungsamt Charlottenburg zur dringlichen Unterbringung überwiesen ist. Für diesen Wohnungssuchenden, der linksseitig gelähmt ist, wäre gerade diese Wohnung am ehesten geeignet, da er ja auch im Dienst der Kirchengemeinde steht. Nach den gesetzlichen Bestimmungen besteht nun die Möglichkeit, gegen eine Beschlagnahmeverfügung des Wohnungsamtes beim Mietvertragsamt Beschwerde einzulegen, wodurch die Erstattung des so dringenden notwendigen Wohnraumes außerordentlich verzögert wird.

Es liegt wohl im Interesse der wohnungssuchenden, wenn die Öffentlichkeit von einem solchen Wohnungsluxus erfährt. Man darf wohl erwarten, daß der Herr Oberpfarrer Richter getreu dem Gebote der christlichen Kirche aus Nächstenliebe dem wohnungslosen Kirchendiener die beschlagnahmten Räume, ohne Beschneidung des Beschwerdeweges, zur Benutzung einräumt. — Oder nicht?

„Jüdischer Terror in Weissensee“

Sinter den Kulissen des „Deutschen Wochenblattes“

Ein Beleidigungsprozeß, der einen interessanten Einblick in die Verhältnisse des von dem Stadterzordenen Wilhelm Runze geleiteten „Deutschen Wochenblattes“ gestattet, wurde am gestrigen Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Wegen Beleidigung des Weissenseeer Arbeitersolozrates Grünbaum, dessen Vertretung Justizrat Böhler übernommen hatte, sich der verantwortliche Redakteur des „Deutschen Wochenblattes“, Arthur Dux, zu verantworten.

Im „Deutschen Wochenblatt“ war vor einiger Zeit ein Artikel erschienen, in dem behauptet wurde, Grünbaum hätte erklärt, daß die Arbeitersolozräte die Parole bekommen hätten, nicht an Aktionen zu rühren, die von Juden ausgingen. Grünbaum hatte gegen das „Deutsche Wochenblatt“ Klage erhoben, da er den Redakteur zu erbringen wünschte, daß er niemals einen ähnlichen Ausdruck getan habe, und daß den Arbeitersolozräten von keiner Seite eine derartige Weisung zugegangen sei. In der gestrigen Verhandlung bestritt der Beklagte Dux, die Verantwortung für den Artikel übernommen zu haben. Er sei als verantwortlicher Redakteur mit einem Monatsgehalt von 150 Mark (!) von Runze engagiert worden, habe jedoch wiederholt nicht die Verantwortung für Runzes Artikel tragen können. Auch bei dem zur Verhandlung stehenden Artikel habe er von vornherein die Verantwortung abgelehnt und, obwohl der Artikel bereits gedruckt war, es bei Runze durchgesehen, daß im letzten Augenblick die Veröffentlichung unterbliebe. Am 10. eisdemter hat er gewesen, als in der nächsten Nummer der Artikel „Jüdischer Terror in Weissensee“ doch erschien und Runze den Beklagten trotz seiner ausdrücklichen Verwarnung als verantwortlich kennzeichnete. Der Beklagte gab in der gestrigen Verhandlung die Erklärung ab, daß die von Runze behaupteten Tatsachen aus der Lust gegriffen seien und daß er das Verhalten Runzes als unlauter bezeichnen müsse. Das Gericht verurteilte hierauf die Verhandlung.

Rebelerbildungsschule U. S. P. Der Kursus des Genossen Stein über „Die soziologischen und ökonomischen Grundlagen des Marxismus“ beginnt heute abend 7 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8/9.

Gewerkschaftliches

Krise in der Metallindustrie

Die Funktionäre der Metallindustrie lehnen das Unternehmerangebot ohne Diskussion ab!

In einer vollbesetzten Versammlung der Funktionäre des Metall-Kartells am gestrigen Mittwoch berichtete Genosse Uhrig über die auf Grund des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums am 24. d. Mts. stattgefundenen Verhandlungen mit den Berliner Metallindustriellen. Die Arbeitervertreter hatten bei den Verhandlungen klipp und klar eine Antwort auf die Forderungen verlangt, ohne vorher lang über wirtschaftspolitische Fragen Erörterungen anzustellen. Die Unternehmer zogen sich zu einer Beratung zurück und machten alsdann den Unterhändlern der Arbeiter folgendes Angebot:

Zulagen pro Arbeitsstunde ab 30. Januar 1922:

Männliche und weibliche jugendliche Arbeiter zwischen 14—15 Jahren	0,30 M.
zwischen 15—18 Jahren	0,40 „
weibliche Arbeiter nach Bill	0,50 „
Glühlampenindustrie	0,10 „
alle Arbeiter über 18 Jahren	0,75 „
Verheiratete und pro Kind mehr	0,25 „

Uffordbasis gleich Einstellungslohn, Umrechnung soll innerhalb vier Wochen erfolgen.

Uhrig schilderte einige Episoden aus den Verhandlungen und teilte mit, daß die Unternehmer eine Nachzahlung für den Monat Januar glatt ablehnten.

Die Befestigung des Angebots löste bei der Versammlung Unruhe und Heiterkeit aus. Zur Geschäftsordnung beantragte ein Redner, daß über diese horrenden Zulagen keine Worte zu verlieren seien. Er forderte die Versammlung auf, das Angebot ohne Diskussion abzulehnen. Die Versammlung stimmte gegen 1 Stimme diesem Antrage zu.

Genosse Uhrig schlug im Namen des Metallkartells vor, das Reichsarbeitsministerium zur Fällung eines Schiedspruchs anzufragen. Am Freitag würde laut Zulage der Schlichtungsausschuss zusammenzutreten und einen Spruch fällen, zu dem eine neue Funktionärerversammlung am kommenden Sonntag endgültig Stellung zu nehmen habe. Der Vorschlag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Zum Schluß forderte Genosse Uhrig die Funktionäre auf, in den Betrieben die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und unter allen Umständen die Geschlossenheit, die allein den Erfolg bringe, zu wahren.

U.S.P.D.-Bekleidungsarbeiter

Am Freitag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, findet in den Berliner Konzertsälen (Münchhofen), Kommandantenstraße 58-59 (großer Saal), eine Versammlung sämtlicher in Bekleidungsarbeiter-Verband organisierten U. S. P.-Genossen statt.

Referent: Genosse Franz Runkler, M. d. R., spricht über die Konferenz in Cannes und Genua und die Arbeiterklasse.

Sympathisierende Kollegen können durch Genossen eingeführt werden. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.
J. H. H. Holz

Zum Streik der Reparaturschuhmacher. Die Friedrichstädter Schuhmacher hielten am 24. d. Mts. ihre Branderversammlung ab und nahmen zu dem Angebot der Arbeitgeber Stellung, welches sie als ungenügend ablehnten. Die Versammlung beschloß, an die Arbeitgeber das Verlangen zu stellen, bis zum 26. Januar in gemeinsamer Sitzung über die gestellten Forderungen zu verhandeln, andernfalls am Freitag der Streik beschlossen werden soll. Die Versammlung findet Freitag bei Wille, abends 6 Uhr, statt. Der Streik der Reparaturschuhmacher hat am Montag mit aller Eile eingeleitet. Auf Vermittlung des Bezirkeits des Demobilisierungskommissars fand unter dessen Vorsitz am 23. Januar eine nochmalige Verhandlung zwischen den Parteien statt, die wiederum scheiterte, da die Arbeitgeber den für die Arbeiter unannehmbaren Vorschlag machten, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 29. 12. 1921 erst am 16. Februar in Kraft treten zu lassen. Eine Versammlung der Streikenden im großen Saal des Gewerkschaftshauses am 24. lehnte den Vorschlag der Arbeitgeber ab. Der Streik geht mit verstärkter Kraft weiter. Eine Anzahl Arbeitgeber hat den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses bereits durch Unterschrift anerkannt. In diesen Betrieben kann weitergearbeitet werden. An diese Kollegen sowie an die in den Fabriken beschäftigten wird die Aufforderung gerichtet, sich täglich einige Stunden zwecks Ausführung der notwendigen Kontrollen den Bezirksstreikleistungen zur Verfügung zu stellen. Diese befinden sich in folgenden Lokalen: Pörlsch, Kantstr. 62; Behne, Hessestr. 1; Wiemers, Bülowstr. 58; Ahlburg, Zietenstr. 58; Rönnebed, Stallstr. 59c; Hoffmann, Gubener Str. 5; Dinsl, Albedonstraße 18; Marx, Odenburger Str. 10. Die nächste allgemeine Streikerversammlung findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, am Sonnabend, dem 28. Januar, statt.

Vergleichsvorschlag von den Mühlenarbeitern abgelehnt. Eine am Dienstag den 24. Januar, abends stattgehabte Versammlung der streikenden Mühlenarbeiter lehnte den seitens der Ar-

beitgeberorganisation vor dem Demobilisierungskommissar am Montag gemachten Vergleichsvorschlag mit der im Verbandesrat vorgelegenen Zweidrittel-Mehrheit ab. Die Unternehmer hatten sich bereit erklärt, auf die jetzt bestehenden Löhne für alle männlichen Arbeitnehmer ab 16. Dezember M. 100, und für die Frauen M. 75 und ab 1. Februar nochmals beiden Kategorien je M. 25 weiter zuzulagen. Die Streikenden verharren auf ihre Forderung und erklärten den Streiktermin zum 15. März 1922, wo wieder neue Lohnforderungen gestellt werden können, bei der enormen Ausbreitung der Teuerung als unannehmbar. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, in diesem Sinne an den Arbeitgeberverband zu berichten. Ausdrücklich wurde betont, daß die Arbeiter wohl in der Lage seien, dem Wunsch der Streikenden beizutreten.

Rechtsverbindlich erklärter Tarifvertrag der Transportarbeiter im Papier- und Papppapierhandel. Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 20. Januar 1922 folgende Entscheidung gefällt worden: Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt: 1. Vertragsparteien: a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband im Papier- und Papppapierhandel Groß-Berlin, Verein Berliner Papppapierarbeiter; b) auf Arbeiterseite: Deutscher Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, 2. Auguststr. am 17. Oktober 1921. Nachtrag zum allgemein verbindlichen Tarifvertrage vom 6. November 1919, 3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Papiergroßhandel, 4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Stadtgemeinde Berlin 5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Oktober 1921, gez. Dr. Busse.

Der rechtsverbindliche Tarifvertrag ist im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Engländer 24-25, Zimmer 33 II, gegen Mitgliedsausweis in Empfang zu nehmen.

Reichsbunderei. Gestern fand die Neuwahl der Betriebsräte der Reichsbunderei statt. Die Wahl ergab folgendes Resultat: Von 8256 Stimmberechtigten wurden 7497 Stimmen abgegeben. Die U. S. P. erhielt davon 3066, die S. P. D. 2227, A. P. D. 1810. Die unter der Klasse der freigewerkschaftlichen Liste stehende Kommunistische Arbeitergemeinschaft erhielt 408, Christliche 274, 70 ungültige. Bei den Angestellten fand ein Wahlgang nicht statt, da nur eine Liste eingereicht war. Die Verteilung der Arbeiterratsmitglieder auf die Betriebsräte ist folgende: U. S. P. 7, S. P. D. 6, A. P. D. 5 und die sogenannte freigewerkschaftliche Liste 1.

Buchbinder! In der heute abend im Deutschen Hof, Ludauer Straße, stattfindenden Branderversammlung ist es Pflicht aller unserer Anhänger, teillos bis zum Schluß der Versammlung auszuhalten und für unsere Liste, beginnend mit Klabbunde, zu stimmen. Wenn jeder unserer Genossen seine Pflicht erfüllt wird und muß es gelingen, die Mehrheit der Stimmen auf unsere Liste zu verlagern.

Lacht euch nicht von den Anbetern der sogenannten „Einheitsfront“ beeinflussen, laßt euch nicht von den im Dred stehengebliebenen Parteikaren der Kommunisten spannen, sondern tretet mit allem Nachdruck für die Wahl der Liste Klabbunde Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D.

Parteiveranstaltungen

14. Mittl. Die Bezirksleiter werden ersucht, die „Wette von den Bolschewikern“ am Freitag bei ihren Bezirksversammlungen abzurufen und die neuen zum 12. Februar in Empfang zu nehmen. Die Verteilungsfahrer können die Wette sofort heute abholen bei Tsch und die alten bis Sonnabend abgeben.

„Tantous Tab“ im Großen Schauspielhaus. In der vom Orchester Realitäts Sonntag, nach 2 1/2 Uhr, veranstalteten Vorstellung sind noch Einladungen in den beiden Speisräumen, Redner 3 und Unter Strasse, zu haben.

Donnerstag, 26. Januar

15. Verfassungsbeirat, Sitzung Schopenhauerweg. Die Genossen besuchen heute abend die Bezirks-Generalversammlung in Niederhörnende, Berliner Straße (Schulau), abends 7 1/2 Uhr.
17. und 18. Mittl. Abends 7 Uhr Frauenabend, Schulau Streifenhänger Straße 58. Bericht der Genossen Schubert von der Reichsfrauentagung. Es folgen jeder Genossin 10 Min.
19. Mittl. Abends 8 1/2 Uhr Elternversammlung in der Halle der 2. Gemeindehaus, Bürgerstraße. Referent Genosse Brae.
Hohenstaufen. Zur Einlösung des Genossen Rosenfeld treffen sich sämtliche Genossen um 8 Uhr an der Brandstraße.

Freitag, 27. Januar

16. Mittl. (Krenzberg). Abends 8 Uhr Brandplattverbreitung der Konsum-Genossenschaft, 85. Verkaufsstelle: Rals, Brandburgerstr. 22, 20. Verkaufsstelle: Schumann, Zimmerstr. 60, 46. Verkaufsstelle: Wille, Seebaustr. 30.
Obste der Kommunisten Kommission nehmen an der Sitzung der Stadt- und Bezirksverbänden im Rathaus teil.
Egerland. Abends 8 1/2 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Rang, Nichte-Krohe 4. — Der Kurier des Genossen Hera muß unklünderhalber aufhören.
Charlottenberg. Zeitungsmission und Abteilungsleiter tagen heute 6 Uhr in der Speiblen Wölfer, 4.

Bereinskalender

Donnerstag, 26. Januar

Verband Hoffmannstraße. Abends 7 1/2 Uhr findet die diesjährige Generalversammlung in der Oerterstraße Nierdenstr. 12 statt. Gütige willkommen.
Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Funktionärerversammlung im Fährhof, Köpenicker Str. 137. Tagesordnung: Vorschläge für die Wahlen der Ortsverwaltung.

Freitag, 27. Januar

Preis-ähnliche Maßnahmensher. Abends 6 1/2 Uhr Brandplattverbreitung bei Wille, Seb-Baustr. 30. Verkaufsstelle über eventuelle Arbeitsniederlegung.
Internation für Bund aller Arbeiter, Ortsgruppe Nichte-Krenzberg. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Schulau, Parlane, Nierdenstr. 12.

Hauverlangt eingehende Manuskripte werden von nun zurückgefordert, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beiliegt. In das gleiche gilt für Anzeigen aus dem Elektrizität.

Verantwortlich für Text und Druck: Les Liebig & Co., Berlin-Triebenerstr. für Kommunisten, Volkes und Gewerkschaftliches. R. Heintz, Berlin; für den Parteipresse- und gewerkschaftlichen Teil: Ludwig Kometzner, Berlin — Verlagsgesellschaft „Arbeiter“ G. m. b. H. Berlin — Tiedstr. 10, Berlin-Druckerei G. m. b. H. Berlin G. 2. Breite Straße 84

Frisches Fleisch

Suppenfleisch Pfund	11 50
Schmorfleisch	mit Knochen	13 50
Hammelfleisch Pfund	11 50
Hammelkeule Pfund	13 50
Kalb- oder Rindfleisch Pfund	14 00
Kalbskeule Pfund	15 00
Schweinefleisch Pfund	21 00
Gehacktes (Rindfleisch) Pfund	15 00
Eisbeine (gepökelt) Pfund	11 50

Oberschälseife Klingl ca. 100 Gramm 14 75
Lanoln-Seife Stück ca. 50 Gramm 4 95

Lebensmittel

Weizenmehl Pfund	5 00	Mono-ol-Branntwein Flasche	31 00	Sa'zheringe Stück	65 Pf
Rangoon-Bohnen Pfd.	3 95	Kümmel Flasche	31 00	Margarine Pfund	21 00
Gebrannte Gerste Pfd.	6 30	Klarer Flasche	31 00	Gamemherl Stück	6 21
Pflaumenmus Pfund	7 50	Aquavit Flasche	34 00	Harzer Käse Pfund	12 50

Jandorf

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter-Str. Brunnenstr. Hofbuser-Damm Wilmersdorfer-Str.

Wurstwaren

Leberwurst Pfund	10 00
Rotwurst Pfund	18 00
Landleberwurst Pfund	16 00
Jagdwurst Pfund	25 00
Morwurst Pfund	26 00
Würstchen (amerik.) Dose	8 53
Leberwurst	ca. 2 1/2 Pfund-Dose	14 53
Rinderkäse (abgelassen) Pfund	23 00
Schmalz Pfund	25 00

Seifenpulver 4 75
Rasier-Klingen Stück 95

Hautjucken
Anspruchlos, bei Krätze, Schuppen, Hauterkrankungen.
Peruvia
Sollmann & Co., Berlin, Friedrichstr. 258

Aller Art Felle
D. Schnell, Berlin
Kochender Straße 61
Altmetalle
Altmetalle
Sollmann & Co., Berlin, Friedrichstr. 258

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Tümpelstr. 10
Sollmann & Co., Berlin, Friedrichstr. 258

Trauringe
zu Enormen Preis, dir. ab Fabrik an Privat
Massiv Gold
Goldwarenfabrik H. Schneider & Sohn
Brunnenstraße 41
Verkaufsräume u. Kontor vorn 1 Trp.

Trünouga
Konfitüren
Eckardt & Eusehafer
Fabrik und Kontor: Berlin O 27
Krausstr. 4-5 Tel. A. ex. 5267

Näherinnen
auf Samendruck, hemden, Bekleidungsarten, Unterröcke
Sollmann & Co., Berlin, Friedrichstr. 258